

So also sieht ein fröhlicher, zufriedener, deutscher Professor aus. Wir treffen uns an einem sehr heißen Tag in seinem Haus in Speyer. Die Propellerflieger kreisen über der Domstadt. Ein wunderbarer Sound. In seinem Garten steht ein Kirschbaum und lädt zum Plaudern ein. Früher spielte der Parteienkritiker nach getaner Arbeit Tennis. Heute geht er gerne abends mit seiner Frau in einen nahegelegenen See schwimmen. Er liebt seine Arbeit, sagt der fast 80jährige.

VON ANDREA SEIBEL

WELT: Sie fingen Ihre Karriere an mit einer Kritik an übermäßigen Diäten der Politik. Es wurde Ihre Lebensaufgabe, strukturelle Defizite unseres Parlamentarismus zu offenzulegen. **HANS HERBERT VON ARNIM:** Mitte der 70er-Jahre schrieb ich ein Gutachten, das das Diäturteil des Bundesverfassungsgerichts maßgeblich beeinflusste. Darin hat das Gericht den Grundgedanken übernommen, dass das Parlament über seinen finanziellen Status „in eigener Sache“ entscheidet. Ohne wirksame Kontrollen drohe die „Selbstbedienung“ der Parlamente leicht in Missbrauch auszuarten. Das wurde ganz deutlich an den Diätenskandalen in Hessen, Hamburg, dem Saarland und im Bund, die ich aufdecken konnte.

Aber noch heute entscheidet das Parlament in eigener Sache. Meist kurz vor der Ferienzeit oder unmittelbar vor sportlichen Großentscheidungen. Ja, die Regelung muss durch Gesetz erfolgen, und Gesetzgeber ist im Bund nun mal das Parlament. Gerade deshalb bedarf es wirksamer Kontrollen. In den Ländern gibt es aber noch ein zweites Gesetzgebungsverfahren unmittelbar durch das Volk, das durch Volksbegehren initiiert und mittels Volksentscheid abgeschlossen wird. Warum sollte nicht die Bevölkerung zumindest mitentscheiden dürfen, was ihre Vertreter in den Parlamenten verdienen sollen?

Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser. Das gilt offenbar selbst für das noch heute als Ultima Ratio begriffene Grundgesetz.

Als es vor 70 Jahren beschlossen wurde, waren die Probleme staatlicher Politikfinanzierung noch unbekannt. Der Parlamentarische Rat ging davon aus, dass Abgeordnete einem Erwerbsberuf nachgehen und für ihr Mandat nur eine Aufwandsentschädigung erhalten. Großzügig staatlich finanzierte Parteistiftungen und das Heer von Abgeordnetenmitarbeitern gab es da noch nicht. Deshalb enthält der Text des Grundgesetzes keine Vorkehrungen. Die Rechtsprechung musste sie nach dem gewaltigen Hochschießen der selbst bewilligten staatlichen Mittel erst entwickeln, schreckte dabei aber vor grundlegenden Therapien zurück. Die Richter werden nun mal auch von denen gewählt, die sie kontrollieren sollen!

Wie haben Sie den öffentlichkeitswirksamen Auftritt gelernt? Für einen Professor recht ungewöhnlich.

Meine Laufbahn begann als Leiter des wissenschaftlichen Instituts des Bundes der Steuerzahler. Dort ist man stark auf Resonanz im öffentlichen Diskurs ausgerichtet. So lernte ich, Texte zu formulieren, die auch der „gemeine Mann“ versteht. Die Wissenschaft hatte lange nicht begriffen, wie wichtig die Kommunikation mit der Öffentlichkeit ist. Ich habe früh angefangen, allgemein verständliche Sachbücher zu schreiben, die auch noch Bestseller wurden.

Sie waren und sind ein Solitär.

In gewisser Weise bin ich schon ein Einzelkämpfer, leider! Neben Jura habe ich auch ein volkswirtschaftliches Studium absolviert und mich intensiv mit Politikwissenschaft und Soziologie beschäftigt. Scheu vor Zahlen kenne ich deshalb nicht. Das erleichtert es, wichtige Bereiche von Staat und Politik zu verstehen und zu analysieren. Geld verkörpert Macht und ist deshalb auch in der Politik wichtig. „You must follow the money trail and you will find the truth“, sagt der Engländer treffend.

Einmal eine Spur aufgenommen, fanden Sie immer weitere Dissonanzen. Den Gedanken, dass das Parlament, wenn es in eigener Sache entscheidet, der Kontrolle durch die Öffentlichkeit und das Verfassungsgericht bedarf, habe ich auch auf die staatliche Finanzierung der Parteien, Fraktionen und Stiftungen angewendet. Das stieß auf Resonanz – bis hin zu neuen Gesetzen. Ein solches fehlt für die Parteistiftungen allerdings immer noch. Da ich mich auch mit Kommunalrecht befasste, wurde mir die Verbreitung der süddeutschen Gemeindeverfassung auch in anderen Bundesländern zum Anliegen. Ihre

Kennzeichen sind: Direktwahl des Bürgermeisters, Persönlichkeitswahl der Gemeindevertretung und Bürgerbegehren und Bürgerentscheid. Das gelang.

Sie sind ein interventionistischer Charakter, Wissenschaftler, Bürger, aber Sie sind auch Ankläger, oder? Ankläger? Das kommt mir nicht in den Sinn. Ich bin Wissenschaftler und habe einen Traumberuf. Mich begeistert meine Arbeit immer noch. Ich brauche keinen Urlaub, kann das ganze Wochenende durcharbeiten. Es ist so erfüllend, gerade wenn man hofft, dass die eigenen Arbeiten etwas bewegen und nicht im Schrank verstauben.

Was ist so besonders an Ihrem Beruf? Der deutsche Professor ist wirklich unabhängig. Er genießt die vom Grundgesetz verbürgte wissenschaftliche Freiheit. Keiner kann ihm sagen, was er wie machen soll, und gleichzeitig wird er

Was wollen Sie damit sagen? Dass die Falschen in die Politik gehen?

Die, die 1945 davongekommen waren, hatten in der Tat einen anderen Blick auf die Demokratie. Heute gehen vor allem Leute in die Politik, die dort etwas werden wollen. Generell hat ja ein großer Wertewandel stattgefunden, der natürlich auch auf die Politik durchgeschlagen hat. Das Eigeninteresse wird sehr viel ungenierter vertreten. Wenn ich Missbräuche aufdeckte, hieß es zualtererst: Der von Arnim spinnt.

Was ist dagegen zu sagen, dass man etwas werden, Karriere machen will? Es geht solchen Karrieristen häufig nicht ums politische Gestalten, sondern um den Erwerb von Pfründen, wie das ja auch Richard von Weizsäcker mit Recht kritisiert hat. Und das führt dann leicht zu den geschilderten Auswüchsen und zu den entsprechenden Vorbehalten der Menschen gegenüber Politik.

nach 21.536 Euro im Monat für persönliche Mitarbeiter verwenden kann. Das sind im Schnitt fünf oder sechs Mitarbeiter. Das kritisiere ich, weil die Abgeordneten die Leistungen, obwohl sie sie selbst festlegen, im Haushaltsplan vor der Öffentlichkeit verstecken und sie deshalb – an der öffentlichen Kontrolle vorbei – immer wieder in großen Sprüngen erhöhen können.

Was müsste das für eine geradezu ehrpuselige Partei sein, die sich diesem System verschlüsse?

Die AfD hält oft als Einzige dagegen. Paradoxerweise kann das für einen Parteienkritiker ein Problem sein. Denn dann gilt auch berechtigte Kritik in den Augen vieler Journalisten, die dieser Partei keinen Rückenwind geben wollen, als kontaminiert. Das ist ein Dilemma. Die Grünen, die mich früher immer unterstützten, bevor sie selbst etabliert und bei „Selbstbedienungen“ in das politi-

Eine bestimmte Überzeugung oder Visionen, nein, die hat Merkel aber wohl nicht.

Wenn schon die bundesrepublikanischen Strukturen so undurchsichtig sind, macht die EU-Struktur nicht alles noch schlimmer?

In Europa werden ganz unterschiedliche Verhältnisse gerne über einen Kamm geschoren und dabei ein Kernprinzip nicht beachtet, die Subsidiarität. Das Problem sieht man, wie durch ein Brennglas vergrößert, an derselben Bezahlung der Abgeordneten. Alle kriegen dasselbe Heimatgehalt, dieselbe Kostenpauschale, dieselbe Altersversorgung. Das führt dazu, dass EU-Abgeordnete aus Ländern mit sehr geringem Preis- und Einkommensniveau mehr verdienen als ihre eigenen Staatschefs und Minister. Sie können zum Beispiel in Rumänien oder Bulgarien 20 persönliche Mitarbeiter beschäftigen. Zuletzt wurde in der Öffentlichkeit die Indexierung des deutschen Kindergeldes für Kinder, die etwa in Bulgarien oder Rumänien leben, diskutiert und von der EU verworfen, obwohl das Geld in Niedriglohnländern eine völlig andere Kaufkraft besitzt. Sonst wäre vielleicht auch die Einheitsbezahlung von EU-Abgeordneten ins Gerede gekommen.

Umgekehrt gedacht: Wäre die Indexierung nicht ein ständiger Stachel im Fleisch der ärmeren Länder?

Das hat doch bis 2009 gut funktioniert! Bis dahin wurden die europäischen Abgeordneten so bezahlt wie ihre nationalen Abgeordneten. Es ist doch sinnvoll und gerecht, dass Ungleiches auch ungleich behandelt wird. Und das Tagelohn für ihre Arbeit in Brüssel und Straßburg von 320 Euro bekommen ja ohnehin alle in gleicher Höhe.

Wenn man sich nur mit Missständen befasst, kommt man doch auch mit dem Wort Korruption in Berührung. Trübt sich der Blick nicht zu schnell? Manches ist ja in sich schon missbräuchlich. Da ist einfach zu viel Selbstreferenz. Die leider verbreitete partielle Ämterpatronage ist ein Fall von Korruption. In einer gängigen Definition ist Korruption das Ausnutzen einer Machtposition zum eigenen Vorteil. Fällt die überzogene „Selbstbedienung“ von Parteien im Parlament nicht genau darunter?

Sie sind ein Anhänger der Plebiszite. Ist das nicht heikel angesichts der Populisten und auch der fatalen Wirkung des Brexit?

Ich habe immer gesagt, Volksentscheide sollten von unten initiiert werden, das heißt durch Volksbegehren, und dass eine gewisse Gewöhnung an direkte Demokratie erforderlich ist. Werden Volksentscheide auf Initiative eines Regierungschefs wie David Cameron in ein ansonsten rein repräsentatives System eingeschoben, geht es um den eigenen Machterhalt und meist schief.

Sie haben die Direktwahl von Bürgermeistern in Städten und Gemeinden ermöglicht. Bei den Ministerpräsidenten ist Ihnen das nicht gelungen.

Schauen Sie auf den direkt gewählten Bürgermeister von Tübingen, Boris Palmer, der die Gesamtverantwortung für die Stadt verkörpert und interessante Vorschläge macht. Er wird nicht nur von den Grünen gewählt, und das wiederholt und mit großen Mehrheiten, weil er sachorientiert ist und ohne Scheuklappen. Die Direktwahl des Ministerpräsidenten, die meiner Meinung nach wirkliche Gewaltenteilung bedeutet hätte, weil die Abgeordneten unabhängiger von Parteibindungen wären, gelang mir nicht in Rheinland-Pfalz, wo Kurt Beck sich massiv wehrte. Auch nicht in Bayern.

Der Politik haftet das Hinterzimmer-syndrom an. Braucht man aber nicht gerade auch Grauzonen der Macht, Rückzugsräume?

Das ist wohl nie ganz abzuschaffen. Wichtig bleibt, dass die Argumente, das Pro und Contra für eine politische Maßnahme, öffentlich und für jedermann nachvollziehbar ausgetauscht werden.

Wie preußisch sind Sie? Sind Sie ein kleiner Michael Kohlhaas? Sie wollen eine bessere Demokratie und ernten nur Widerstand.

Bitte nicht Michael Kohlhaas, der persönlichen Unrecht erlitt und sich wehrte. Ich bin doch kein Rächler oder Ankläger, sondern ein unabhängiger Wissenschaftler, der über Zusammenhänge aufklären will, über die man sonst nicht spricht. Was den ersten Teil Ihrer Frage angeht: Meine Mutter kam aus einer Heidelberger Akademikerfamilie und mein Vater aus einer alten Familie in der Uckermark. Vielleicht war das am Ende gar keine so schlechte Mischung.



„Ich hörte oft:
Der von
Arnim spinnt“

Sein Leben lang hat sich der Verfassungsrechtler Hans Herbert von Arnim mit Parteienfinanzierung beschäftigt. Auf seine Initiative wurden Skandale aufgedeckt und Gesetze geändert. Ein Gespräch über Parlamentarismus, politische Prozesse und Populisten

vom Staat voll alimentiert. So freigestellt, halte ich es aber geradezu für seine Pflicht, Mängel, die er kraft seiner Profession erkennt, öffentlich zu machen. Das lateinische „profiteri“ heißt schließlich „offen bekennen“. Rousseau hat geschrieben, das Volk habe keine Lehrstühle. Professoren standen damals in des Landesherrn Gnaden. Jetzt hat das Volk Lehrstühle, ich werde ja aus Steuergeldern bezahlt.

Ihre Kritik wird von der Politik als lästig und querulatorisch wahrgenommen, einige sagen auch, Sie zerstören die Demokratie mit Ihren Enthüllungen. Sie sind verhasst.

Hinterbänkler geht oft das Messer in der Tasche auf, wenn sie von mir hören. Es gibt aber auch Politiker, wie zum Beispiel der frühere SPD-Fraktionsvorsitzende Hans-Jochen Vogel, die so souverän waren zu betonen, dass sachliche Kritik das Salz in der Demokratie ist. Auch andere Spitzenpolitiker, die ich als Rektor der Speyerer Hochschule für Verwaltungswissenschaften zu Vorträgen einlud, wie Kurt Biedenkopf oder Wolfgang Schäuble, haben durchaus gesehen, wie wichtig berechtigte Kritik für die Demokratie ist. Ich habe aber auch erlebt, dass Leute, die mich hart kritisieren, umso leichter Karriere machen.

Können Sie von der Hand weisen, dass Sie die Öffentlichkeit nicht nur sensibilisiert, sondern weiter von der Politik entfremdet haben?

Berechtigte Kritik soll die Demokratie schwächen? Wer mich besonders treffen will, behauptet das. Die stete Fähigkeit, Mängel abzustellen und sich zu verbessern, ist umgekehrt geradezu das Lebenselixier von Demokratie. Nehmen Sie die Überdimensionierung der Parlamente. Nicht nur der Bundestag, auch manche Landesparlamente platzen aus allen Nähten. Ändert man das Wahlrecht nicht, könnten es bei der nächsten Bundestagswahl über 800 Abgeordnete werden. Jetzt sind es schon 709, also 111 mehr als die 598, die das Gesetz als Normalgröße nennt.

Wie hat sich die politische Kultur in den letzten 30 Jahren verändert?

Ein Problem besteht darin, dass der Abstand zwischen der Politik und den Menschen immer größer wird. Zur Politikverdrossenheit tragen auch die Politikfinanzierung und das Wahlrecht bei. Mitgliederbeiträge sind gar nicht mehr so wichtig, da man sich ja aus der Staatskasse finanziert. Der Abgeordnete bekommt seine Diäten, seine Kostenpauschale, seine Altersversorgung und sein Büro. Viele wissen nicht, dass jeder Bundestagsabgeordnete zusätzlich

sche Kartell eingebunden wurden, waren keine solche Fessel am Bein.

Ein Wort zur AfD. Das fällt Ihnen doch nicht schwer.

Dass es sie gibt, entspricht durchaus dem Sinn der Wettbewerbsdemokratie. Die CDU unter Merkel hat rechts eine Lücke aufgemacht. Ich finde es falsch, wenn viele die Funktionsträger und Wähler dieser Partei ausgrenzen und sie wie Feinde behandeln oder gar die Machtmittel des Staates gegen sie in Stellung bringen. Die AfD ist erst ein paar Jahre alt. Neue Parteien haben es immer schwer.

Ihr Vorbehalt gegenüber politischen Prozessen ist bekannt. Haben Sie vor irgendeinem Politiker Respekt?

Ich habe gewiss nichts gegen Politik und ihre Prozesse. Übermacht aber bedarf der Kontrolle. Vor Angela Merkel habe ich Respekt, weil sie wirklich integrierter ist. Das ist ihre große Stärke. Mit ihrem ausgeprägten Sinn für den Gewinn und den Erhalt ihrer Macht hat sie aber geräuschlos abgeräumt, wer ihr hätte gefährlich werden können. Auch ihre Programmatik ist von Überlegungen des eigenen Machterhalts nicht frei, etwa bei der Flüchtlingsfrage oder der Energiewende. Ob das im Sinne des Gemeinwohls war, ist eine andere Frage.